

Frau
Katja Musenberg
Arnoldstraße 24
22765 Hamburg

10. Februar 2022

Ihr Schreiben

Sehr geehrte Frau Musenberg,

vielen Dank für Ihr Schreiben vom 23. November 2021. Sie kritisieren darin die Klima-Berichterstattung von ARD-aktuell.

Ich habe die verantwortliche Redaktion von ARD-aktuell gebeten, Ihre Kritikpunkte zu prüfen und dazu Stellung zu nehmen. Diese Stellungnahme finden Sie im Anhang zu meinem Schreiben.

Aus meiner Sicht liegt kein Verstoß gegen die Programmgrundsätze des NDR oder sonstige Vorschriften vor. Durch die Übersendung dieser Stellungnahme bringe ich dies zum Ausdruck.

Ich würde es begrüßen, wenn es der Redaktion gelungen ist, die Sicht des NDR auf die von Ihnen vorgetragene Kritik nachvollziehbar zu machen.

Mit freundlichem Gruß

A handwritten signature in blue ink, appearing to read 'J. Knuth', is written over a blue checkmark symbol.

Joachim Knuth

Stellungnahme von ARD-aktuell zum Schreiben von Frau Katja Musenberg und weiterer Unterzeichner*innen vom 23. November 2021 zur Berichterstattung der „tagesschau“ über den Klimawandel

In ihrem Schreiben vom 23. November 2021 kritisieren Frau Musenberg und weitere Unterzeichner*innen, dass die Berichterstattung der „tagesschau“ um 20 Uhr zum Klimawandel unzureichend sei. In den Monaten September und Oktober 2021 seien nur wenige Meldungen explizit zum Klimawandel in der Hauptausgabe der „tagesschau“ aufgetaucht. Nach Ansicht der Beschwerdeführer*innen hätte jeder Beitrag in der „tagesschau“ um zehn bis zwanzig Sekunden gekürzt werden können, um ein Klimathema aus einer von ihnen beigefügten Liste in die Sendung mit aufzunehmen. Sie werfen der Redaktion ARD-aktuell vor, nicht ausreichend und kontinuierlich über den Klimawandel zu informieren und damit ihrem Programmauftrag nicht nachzukommen.

Dazu nimmt die Redaktion wie folgt Stellung:

ARD-aktuell berichtet auf allen Ausspielwegen regelmäßig über aktuelle Entwicklungen im Zusammenhang mit dem Klimawandel, die politischen Maßnahmen dagegen, sowie über Forderungen von Wissenschaftler*innen und Klimaaktivist*innen. Der Klimawandel und die Diskussionen über die Gegenmaßnahmen tauchen außerdem im Zusammenhang mit anderen Themenkomplexen regelmäßig auf, z. B. im Zusammenhang mit dem Wahlkampf bzw. den Sondierungsgesprächen nach der Wahl, in Wirtschaftsmeldungen, wie zum Umbau der Autobranche oder der Forschung an CO₂-freien Kraftstoffen, bei Verleihungen von Umwelt- und Nobelpreisen, G20-Treffen, Beratungen der EU-Kommission, der UN-Artenschutzkonferenz und dem Wiederaufbau in den Flutgebieten in Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz, um nur einige Beispiele aus dem vergangenen Herbst zu nennen.

Die Themenkomplexe, die auch Gegenstand der Liste von Meldungen der Beschwerdeführer*innen sind, werden ebenfalls immer wieder behandelt, vor allem wenn Entscheidungen darüber anstehen. Das gilt zum Beispiel für die Beziehung von Landwirtschaft und Klimaschutz, die wir etwa im Zuge der Diskussionen über die Agrarreform in der EU ausführlich abgebildet haben.

Ein weiteres Beispiel: zum Auftakt der UN-Klimaschutzkonferenz in Glasgow war etwa ein Drittel der Nachrichten-Sendezeit mit dem Klimawandel und den verschiedenen Standpunkten der Teilnehmerstaaten befasst, abgerundet von kritischen Einschätzungen unserer Korrespondent*innen und dem Hinweis auf die Expert*innenmeinung, dass mit derzeitigen Maßnahmen das 1,5-Grad-Ziel nicht zu bewältigen ist. Die folgenden Tage hat die Redaktion zum Anlass genommen, um zum Beispiel über Waldvernichtung zu berichten, auch mit Reportagen aus betroffenen Ländern, über den Konflikt zwischen reicheren und ärmeren Staaten hinsichtlich der Finanzierung von Maßnahmen, Beratungen über die Implementierung von Klimaschutz in deutschen Kommunen vor Ort, die Frage eines CO₂-Preises, das Ringen um die Abschlusserklärung sowie die Reaktionen von Wissenschaftler*innen und Verbänden auf das Abschlussdokument.

Dass das Thema Klimawandel im Bewusstsein der Bevölkerung verankert ist, zeigt auch der ARD-Deutschlandtrend vom November 2021. Darin bezeichnen mehr als 80 Prozent der Befragten einen großen bzw. sehr großen Handlungsbedarf in Sachen Klimaschutz. Fast alle im Bundestag vertretenen Parteien haben Klimapolitik weit oben auf ihrer Agenda - entsprechend oft geht es darum auch in Berichten aus dem Bundestag oder über Regierungserklärungen.



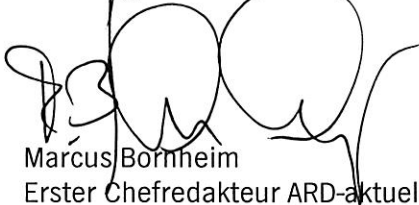
Angesichtes der knappen Sendezeit einer 20-Uhr-Hauptausgabe der „tagesschau“ müssen täglich eine Vielzahl von Meldungen bewertet und manchmal aussortiert werden, insbesondere wenn sie innerhalb eines Themenkomplexes keine bisher unbekanntten Aspekte aufzeigen. Dabei sind die Meldungen und Berichte schon so verdichtet, dass weitere Kürzungen nach Meinung der Redaktion kaum möglich sind und auf Kosten der Verständlichkeit gehen würden. Die Redaktion befürchtet, dass eine Kürzung aller Beiträge um zehn bis zwanzig Sekunden eine weitere Verdichtung der „tagesschau“ bedeuten würde, die es vielen Zuschauer*innen schwerer machen würde, der Sendung zu folgen.

Die Redaktion macht sich die Entscheidungen über die Auswahl von Themen und Meldungen nicht leicht und diskutiert darüber täglich in Konferenzen. So schaffen es oft Meldungen nicht in die 20-Uhr-Ausgabe, die in unserem Internetangebot oder in anderen Ausgaben Platz gefunden haben. Die Themen und unterschiedlichen Aspekte tauchen aber dennoch auf, wenn zu einem anderen Anlass in einem größeren Zusammenhang berichtet wird, etwa wenn konkrete Entscheidungen und Debatten darüber anstehen. Das gilt auch für die Themenliste der Beschwerdeführer*innen.

Generell gilt zudem der Grundsatz, dass der öffentlich-rechtliche Rundfunk in seiner Berichterstattung insgesamt zur Ausgewogenheit verpflichtet ist. Diese kann nicht anhand einzelner Sendungen oder einer willkürlich bestimmten Auswahl von Sendungen gemessen werden. Maßgebend ist vielmehr das Gesamtprogramm. Daher gilt, dieses auch im Blick zu behalten.

Wie auch andere Zuschriften nimmt die Redaktion auch diese zum Anlass, ihre Themenauswahl und -darstellungsweise immer wieder zu überprüfen. Sie teilt aber nicht den Vorwurf, zu wenig über den Klimawandel zu berichten.

Hamburg, 4. Februar 2022



Marcus Bornheim
Erster Chefredakteur ARD-aktuell